

Ressort: Politik

Städte- und Gemeindebund für "Marshallplan" zur Flüchtlingshilfe

Stuttgart, 18.11.2014, 18:10 Uhr

GDN - Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat sich angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen für einen zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten "Marshallplan Flüchtlingshilfe" ausgesprochen. Zur Umsetzung eines solchen Plans gehöre unter anderem die Schaffung zusätzlicher zentraler Aufnahmeeinrichtungen, sagte DStGB-Präsident Christian Schramm am Dienstag.

"Hier sollten die Flüchtlinge mindestens drei Monate bleiben, damit die Verteilung in die Kommunen besser und gründlicher vorbereitet werden kann. Damit würde die Gefahr der Überforderung der Städte und Gemeinden, die teilweise kurzfristig hunderte von Personen unterbringen müssen, reduziert." Auch die Einrichtung eines Gesundheitsfonds sei notwendig, um die teilweise extrem hohen Krankenkosten der Flüchtlinge finanzieren zu können. Zudem müssten Asylverfahren beschleunigt werden. Darüber hinaus forderte der DStGB die EU auf, ihre Flüchtlingspolitik besser abzustimmen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-44821/staedte-und-gemeindebund-fuer-marshallplan-zur-fluechtlingshilfe.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619